

## **Zur Zunahme der Armutseinwanderung Auswirkungen für Krefeld?**

Für die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses hat die FDP-Fraktion die Verwaltung um Stellungnahme dazu gebeten, ob und welche Auswirkungen die zu erwartende massive Zunahme der Armutseinwanderung für Krefeld haben wird.

Ab 01.01.2014 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien in Europa. Die jährliche Zahl der Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien hat sich laut aktuellen Presseberichten von 2007 bis 2011 von 64.000 auf 147.000 mehr als verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2012 stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 24 %. Allein in der Nachbarstadt Duisburg rechnet man ab 2014 mit Mehrausgaben von mehr als 18 Mio. Euro im Jahr, in Mannheim rechnen Stadt und Jobcenter sogar mit 30 Mio. Euro im Jahr.

„Die FDP-Fraktion wünscht Auskunft darüber, welche Auswirkungen – neben dem zu erwartenden Anstieg der Sozialausgaben – auf die Wohnsituation zu erwarten sind. Aus anderen Großstädten ist bekannt, dass Armutseinwanderer in Unterkünften ohne funktionierende Toiletten und in Zimmern ohne Tageslicht untergebracht sind, die von gewissenlosen Geschäftemachern zu Wucherpreisen vermietet werden“, so Ratsherr Paul Hoffmann, Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Die Fraktion erwartet, dass solchen „Geschäftemachereien“ seitens der Stadt „proaktiv“ begegnet wird.